

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 2190 38/39  
Telex: 888 846 pbbn d

## Inhalt

Horst Peter MdB zur Lage nach dem Polizistenmord in Frankfurt: Friedlosigkeit führt zur friedlosen Gesellschaft.

Seite 1

Dr. Ulrich Böhme MdB zum Erfordernis, die Ozonschicht zu schützen: Baum konnte sich nicht durchsetzen.

Seite 4

Hans-Werner Loew MdL zur Begünstigung der Reichen durch das geltende Einkommensteuergesetz: Das Schlupfloch für die Milliardäre verstopfen.

Seite 5

Johannes Singer MdB zur Äußerung eines CDU-Delegierten über den Kieler Untersuchungsausschuss: Abenteuerliche Rechtsauffassung.

Seite 6

42. Jahrgang / 217

12. November 1987

Angst nehmen, statt Angst machen

Friedlosigkeit führt zur friedlosen Gesellschaft

Von Horst Peter MdB

Der Polizistenmord in Frankfurt stellt einen tiefen Einschnitt in der Geschichte und die Entwicklung der Bundesrepublik dar. Dieser Mord hat einen tiefen Schock der Betroffenheit ausgelöst, vergleichbar dem Tschernobyl-Schock und dem Schock nach der Challenger-Katastrophe.

Die bundesdeutsche Gesellschaft steht jetzt vor der Aufgabe, diesen Schock produktiv für die Demokratie aufzulösen. Dieser Schock muß als Chance begriffen werden, um Wege zu zeigen, die eine freiheitliche, sozialstaatliche Demokratie in Frieden möglich machen.

Wer jetzt den Sicherheitsparanoikern um Zimmermann und Spranger folgt, geht den falschen Weg. Sie wollen Tatkraft demonstrieren und den traditionellen deutschen Antiliberalismus für sich mobilisieren. Sie sehen die Chance, sich endlich die Sehnsucht nach dem starken Staat zu erfüllen. Damit werden sie die freiheitliche Demokratie erdrosseln, statt sie zu schützen.

Es ist jetzt die Stunde der Fahndung, nicht des Parlamentes. Günter Verheugen hat zu Recht festgestellt, daß sich derjenige, der sich durch Androhung lebenslanger Strafe nicht von einem Mord abbringen läßt, sich auch nicht um die Androhung von Strafe für Landfriedensbruch kümmern würde. Die zuständigen Behörden müssen zügig ermitteln und die strafrechtlichen Verfahren durchführen. Wer Ermittlung und Strafverfahren verzögert, spielt auf Zeit, will Unsicherheit verbreiten und diese selbst erzeugte Hysterie politisch ausbeuten, will nicht den Schuldigen überführen, sondern a la longue den freiheitlichen Staat demolieren.

Den Schock von Frankfurt als Chance zu sehen, heißt jetzt für alle Seiten, Innehalten, Besinnen und Nachdenken, um zu klären, ob die eingeschlagenen Wege wirklich zum vorgegebenen Ziel führen. Mit dem starken Staat würde die Konfrontation verschärft werden, würde die Umkehr und die Rückkehr der Autonomen verhindert werden, die in den Instrumenten des starken Staates, den sie provozieren, Legitimation für ihr Handeln sehen würden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressahaushaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 09

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Inhaltliche Verantwortung  
übernimmt die Redaktion  
Redaktion: P 217



Auf dieser einmal beschrittenen Eskalationsleiter verschaffen sich Autonome und Rechte gegenseitig Handlungsmotivation und Legitimation.

Angst nehmen, statt Angst machen, wurde in den letzten Jahren zum Prinzip einer zukunftsweisenden Sicherheitspolitik, um den Abschreckungsfrieden durch ein die Interessen beider Seiten anerkennendes System der Sicherheitspartnerschaft zu ersetzen. In dieser Diskussion wurde auch die Dialektik von innerer und äußerer Friedlosigkeit von Gesellschaften entwickelt. Angst nehmen, statt Angst machen, muß auch zum Prinzip einer auf den inneren Frieden einer Gesellschaft zielenden Politik werden. Fordern wir in der Sicherheitspolitik die Sicherheitspartnerschaft, so muß in der Innenpolitik der innere Drohfrieden, der die Friedlosigkeit nur mühsam kaschiert, durch Demokratiepartnerschaft ersetzt werden.

Beide Seiten der inneren Konfrontationslinie müssen abrüsten, statt aufrüsten, beide Seiten müssen miteinander die Gewalt isolieren und die Ursachen für Gewalt zurückdrängen, Vertrauen bilden, statt sich ineinander zu verbeißen und die Eskalationsleiter nach oben zu beschreiten. In einer demokratischen Kultur der politischen Auseinandersetzung sind Interessenstreit und Interessenausgleich, die Anerkennung der Interessen der anderen Seite, tragende Elemente. Wer in Demonstranten unruhestiftenden Pöbel sieht, in Polizisten die Büttel eines Unterdrückungsapparates, vernichtet die Demokratie in Deutschland. Ein republikanisches Verfassungsverständnis sieht in Demonstranten Bürger, die ihre Freiheitsrechte wahrnehmen, in Polizisten Bürger mit dem verfassungsmäßigen Auftrag des Schutzes der Freiheitsrechte. Der Schutz der Schwachen und der Schutz der Bürgerrechte beruhen auf dem egalitären Gewaltmonopol des Staates. Das Faustrecht ist das eiltäre Recht des Stärkeren.

Vertrauen bilden und abrüsten heißt jetzt für die eine Seite: die militärische Aufrüstung der Polizei für den Bürgerkrieg stoppen, heißt daran zu erinnern, daß „Vermummung“ ihren Ursprung in der Angst der ihre Bürgerrechte wahrnehmenden Bürger vor subtiler Verfolgung hat, in der Angst vor Fotosammlungen und Videotheken der Polizei, der Dienste. Für viele, die sich darin befanden, wurde aus der Wahrnehmung eines Bürgerrechtes ein Einstellungshindernis für den öffentlichen Dienst. Heißt daran zu erinnern, daß Anfang der 70er Jahre Tschako und Dienstmütze durch Helm, Schild und langen Schlagstock ersetzt wurden.

Schuldlosigkeit an dieser Entwicklung kann die offizielle Politik für sich nicht behaupten. Die Politik hat den Einsatz der Polizei, wenn die wirklichen Argumente keine Überzeugungskraft mehr hatten, als ultimo ratio angesehen, als ihr Argument mit der größten Schlagkraft. Eine offizielle Politik, die sich in existenziellen Fragen im Recht wähnte und meinte, sich über den demokratischen Protest der Bürgerinnen und Bürger, deren Forderung nach Beteiligung und Mitentscheidung hinwegsetzen zu können, führte bei vielen Menschen zu Apathie und Resignation. Einige zogen aus der Folgenlosigkeit des demokratischen Engagements den falschen Schluß, was sich politisch nicht verhindern lasse, müsse und könne physisch verhindert werden. Eine produktive Lösung des Schocks von Frankfurt ist die Öffnung des politischen Systems gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die sich einmischen wollen.

Für die andere Seite hat Daniel Cohn-Bendit das Prinzip der Diskussion formuliert: „Wenn wir die Diskussion führen, dann doch anders als unsere Eltern, so, daß wir uns unserer Geschichte stellen.“ Nur durch eine schonungslose selbstkritische Diskussion ist die Rückkehr der Protestbewegung zum Ziel des Protestes möglich. „Wir sind angetreten, weil wir Leben bewahren wollten“, so der Mörfeldener Pfarrer Walter Böhris.



Im demokratischen System können Protestbewegungen ihre Ziele nur mit dem Prinzip der politischen Verhinderung durchsetzen. Der Polizistenmord in Frankfurt ist die tödliche Konsequenz einer „Politik“, die aus der Folgenlosigkeit des Versuchs, durch Protest politisch zu verhindern, den Schluß zog, physisch zu verhindern, was politisch nicht zu verhindern war, die sich militärischer Logik unterwarf und mit vorseibständiger Gewalt meinte, mit den Symbolen des Staates den Staat niederkämpfen zu können.

Wer eine freiheitliche, demokratische und friedfertige Gesellschaft will, eine Gesellschaft, in der die Menschenrechte realisiert sind, muß wissen, daß er die angstfreie Gesellschaft will. Die Relation zwischen Mittel und Ziel ist aber unauflösbar. Mit Angst, mit Angstmachen, angstmachender Politik und Handeln kann diese Gesellschaft nicht erreicht werden. Der Weg zu dieser Gesellschaft muß mit Mitteln, die dem Ziel entsprechen, im Handeln das Ziel erkennen lassen, geebnet werden. Django und Rambo sind keine Leitbilder einer demokratischen Entwicklung. Die Mentalität, die Demokratie mit Blutbädern zu erreichen und zu sichern, ist die gegen die Demokratie gerichtete Mentalität des Faschismus.

Der Polizistenmord in Frankfurt stellt einen Einschnitt in die Geschichte und die Entwicklung vergleichbar der Erschießung Benno Ohnesorgs 1967 dar. Der Schock, den der Tod Ohnesorgs bedeutete, führte zum Versuch einer tiefgreifenden Demokratisierung in der sozialliberalen Ära. Die Rechte wird den Polizistenmord als den beliebigen Anlaß nehmen, die Entwicklung der letzten 20 Jahre radikal umzukehren. In einer emotionalisierten Debatte wird die Union versuchen, ihre vermeintlich richtige Haltung, die Verschärfung der Gesetze, die die Einschränkung der Bürgerrechte zum wirklichen Ziel haben, durchzusetzen, die Mahnung zur Besonnenheit als Nichthandeln, Hilflosigkeit, Kapitulation vor der Gewalt denunzieren.

In dieser Debatte dürfen wir uns nicht von unserem Weg abbringen lassen. In dieser Debatte dürfen wir uns nicht die falsche Alternative, Zustimmung zur Verschärfung der Konfrontation seitens des Staates oder Ablehnung, die die CDU/CSU als Nachlässigkeit gegenüber den Mördern, Schutzlosmachen des Staates und der Polizei, darstellen wird, aufzwingen lassen. Gegen die Bedienung der deutschen Tradition, der antiliberalen Grundströmung dieser Nation, müssen wir die Vision einer angstfreien Gesellschaft und eines repressionsfreien Staates setzen, eine an der Zielvorstellung menschenwürdige Gesellschaft orientierte innen- und rechtspolitische Perspektive entwickeln, die mit den Ursachen der Konfrontation auch die Folgen der Konfrontation abbaut.

(-/12.11.1987/vo-ha/rs)

\* \* \*



**Koalition ignoriert Erfordernis, die Ozonschicht zu schützen**

**Baum konnte sich in der FDP-Fraktion nicht durchsetzen**

**Von Dr. Ulrich Böhme MdB**

**Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit des Deutschen Bundestages**

Schon jetzt haben Wissenschaftler festgestellt, daß sich das Ozonloch über der Antarktis wieder vergrößert hat. Für die Gesundheit der Weltbevölkerung stellt dieser Sachverhalt eine zunehmende Bedrohung dar, weil ultraviolette Strahlung ungehindert auf die Erde treffen und das Hautkrebsrisiko erheblich erhöhen kann. So alarmierend diese Nachricht ist, so wenig erstaunt sie. Denn obwohl Wissenschaftler seit Jahren vor der zerstörerischen Wirkung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen warnen, hält der unverminderte Ausstoß in die Erdatmosphäre an. Fluorchlorkohlenwasserstoffe, kurz FCKWs genannt, enthalten vorwiegend unsere Sprühdosen; sie entstehen auch bei der Herstellung von industriellen Schäumen, in Kühlaggregaten, Klimaanlage und in der Chip-Industrie. Zwar haben schon einige Länder wie etwa die USA, UdSSR, Schweden, Norwegen, Finnland oder Kanada FCKWs in Spraydosen verboten, aber dies ist - wie die Ausweitung des Ozonlochs beweist - nicht ausreichend.

Insbesondere mit den gesundheitsgefährdenden Auswirkungen der FCKWs auf die Bevölkerung beschäftigte sich bereits am 7. Oktober 1987 der Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit des Deutschen Bundestages. Wir Sozialdemokraten kritisierten die Bundesregierung, die den Anschein erweckt, als sei die freiwillige Verzichtserklärung der Industrie auf FCKWs eine umweltpolitische Glanzleistung. Verschwiegen wird hingegen von Umweltminister Töpfer und den Regierungsparteien im allgemeinen, daß noch über Jahre hinweg Unmengen von FCKW aus Spraydosen freigesetzt werden und fast die Hälfte der insgesamt verbrauchten Mengen ausmachen, ebensowenig der gesamte Exportbereich. Wir forderten deshalb im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung, Fluorchlorkohlenwasserstoffe generell zu verbieten. Unser Antrag wurde allerdings nicht nur mit den Stimmen der CDU/CSU-Ausschußmitglieder, sondern auch von den FDP-Abgeordneten einstimmig abgelehnt. Im Klartext bedeutet dies, daß die Bundesrepublik weiterhin dazu beitragen wird, daß die uns schützende Ozonschicht zerstört wird und wir alles andere als eine „Vorreiterrolle“ einnehmen, wie uns dies Umweltminister Töpfer weismachen möchte. So sehr wir es begrüßen, daß der umweltpolitische Sprecher der FDP, Gerhard Baum, nun vier Wochen später ein völliges Verbot der FCKWs fordert, so enttäuschend ist es andererseits, daß es ihm nicht gelungen ist, vor dieser wichtigen Ausschußsitzung seine Fraktionskollegen von der Bedeutung eines FCKW-Verbots zu überzeugen.

Das Thema „Schutz der Ozonschicht“ ist also im Gesundheitsausschuß vom Tisch und eine große Chance, schon jetzt gesetzgeberische Initiativen einzuleiten, ungenutzt verstrichen.

(-/12.11.1987/vo-hs/rs)

\* \* \*



**Das Schlupfloch für die Reichen verstopfen**

-----  
**Milliardäre sparen Steuern - der Mittelstand hat das Nachsehen**

Von Hans-Werner Loew MdL  
Haushalts-Experte der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Wenn Unternehmen ihre Betriebe veräußern, wird nach Paragraph 34 des Einkommensteuergesetzes (EStG) der dabei erzielte Gewinn nur mit dem halben Steuersatz besteuert. Der Gesetzgeber wollte damit insbesondere mittelständischen Unternehmern, wie zum Beispiel Einzelhändlern und Handwerkern am Ende ihres Berufslebens das Ausscheiden aus ihrem Betrieb nicht durch eine übermäßige Besteuerung erschweren und ihnen eine Alterssicherung erleichtern. Den größten Profit aus dieser Vorschrift erzielt aber nicht der Mittelstand; vielmehr schöpfen Konzernherren und Milliardäre den Rahm ab.

So vermied Friedrich Karl Flick nach Angaben des Finanz-Obmanns der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Spöri, bei der Veräußerung seines Imperiums mehr als eine Milliarde Mark an Steuern, und Karl-Heinz Kipp sparte beim Verkauf der Verbrauchermarkt-Kette Masse 300 Millionen Mark. Bei geschickter Gewinnanhäufung und stillen Reserven können Konzernherren ihre Steuerbelastung halbieren.

Dieses Schlupfloch muß dringend verstopft werden. Deshalb fordert die SPD-Fraktion die bayerische Staatsregierung auf, über den Bundesrat eine Korrektur des § 34 EStG herbeizuführen. Nach unserer Meinung würde eine großzügige Freibetragsregelung den mittelstandsfreundlichen Ansatz der jetzigen Regelung besser gewährleisten.

Wir verlangen von der Staatsregierung ferner, im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß eine steuerstundende Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen eingeführt wird. Nach Berechnungen der SPD läßt sich die steuerstundende Investitionsrücklage mit jenen Beträgen finanzieren, die der Staat einspart, wenn er das Steuerschlupfloch für Milliardäre schließt. Dies wäre nicht nur eine echte Hilfe für die kleinen und mittleren Unternehmen und ein Stück zu mehr Steuergerechtigkeit, sondern auch eine moralische Pflicht gegenüber den vielen tausend kleinen Steuerzahlern, auf deren Kosten sich bisher so mancher Konzernherr auf gigantische Weise bereichern konnte.

(-/12.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



**Abenteuerliche Rechtsauffassung**

---

**Zur Äußerung eines CDU-Delegierten über den Kiefer Untersuchungsausschuß**

**Von Johannes Singer MdB**

Nur noch mit ungläubigem Staunen läßt sich die Erklärung des Delegierten Roland Isthorst aus Barsbüttel auf dem Landesparteitag der CDU Schleswig-Holsteins zur Kenntnis nehmen, wonach „CDU-Obmann im parlamentarischen Untersuchungsausschuß nur sein darf, wer hundertprozentig von Uwe Barschels Unschuld überzeugt ist“. (Kölnische Rundschau vom 9. November 1987, Seite 3 – Artikel-Überschrift: „Spannendster Parteitag der CDU-Geschichte“)

Aus dem Pressebericht ergibt sich nicht, ob andere Teilnehmer des Parteitages einer solch abenteuerlichen Rechtsauffassung widersprochen haben.

Die Parlamente in Bund und Ländern werden sich schleunigst Gedanken darüber machen müssen, ob in die gegenwärtigen Diskussionen zur Reform des Rechts der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse Regelungen für die Befangenheit von Ausschußmitgliedern vergleichbar den Vorschriften der Strafprozeßordnung von Richtern einbezogen werden müssen.

Jedenfalls würden parlamentarische Untersuchungsausschüsse ihren Zweck völlig verfehlen und sollten deshalb ersatzlos gestrichen werden, wenn die Parteien nur noch solche Abgeordnete entsenden dürften, die bereits vor Aufklärung des Sachverhalts von einem ihrer Partei dienlichen Untersuchungsergebnis „hundertprozentig überzeugt“ wären. Die oben wiedergegebene Äußerung des Parteitagsdelegierten Isthorst zeigt in bisher noch nicht bekanntgewordener zynischer Offenheit, wie parlamentarische Untersuchungsausschüsse von bestimmten Politikern eingeschätzt werden. Danach sollen sie offenbar ausschließlich zur parteipolitischen Propagandawaffe denaturiert werden.

(-/12.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*